



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Florian Ritter SPD**
vom 08.03.2017

Reichsbürger im Oberallgäu und Ausstellung Staatsangehörigkeitsausweis in Bayern

Im März 2016 hielt ein „Reichsbürger“ in der Gemeinde Bolsterlang im Landkreis Oberallgäu ein Tagesseminar ab. In der Folge stieg die Zahl der Anträge auf einen Staatsangehörigkeitsausweis in der Region sprunghaft an. Laut Artikel in der Allgäuer Zeitung, Ausgabe Kempten vom 4. März 2017, erstattete ein Beamter bereits am Tag nach der Veranstaltung Meldung an seinen Vorgesetzten über die Ausrichtung der Veranstaltung.

Ich frage die Staatsregierung:

1. a) Wurde dieses Tagesseminar von Herrn H. durchgeführt, der eine Seite „AG Mensch in Württemberg“ betreibt, wie von der Allgäuer Zeitung in der Ausgabe Kempten vom 4. März 2017 berichtet wird?
b) Wenn nein, wer war Referent/waren die Referenten des Seminars?
c) Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über Herrn H. vor?
2. Fanden nach Erkenntnissen der Staatsregierung in den Jahren 2015 bis 2017 ähnliche Seminare, Tagesseminare oder Vortragsveranstaltungen von und mit Herrn H. in Bayern statt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, bekannte Teilnehmerzahl, Veranstalter)?
3. Ist der Staatsregierung bekannt, wer neben Herrn H./den/m Referenten zu 1 b in die Organisation, insbesondere die Anmietung und Bewerbung der Veranstaltung involviert war und sind diese Personen der Reichsbürgerszene oder einer sonstigen verfassungsfeindlichen Szene zuzuordnen oder in der Vergangenheit durch rassistisches, menschenfeindliches oder antisemitisches Gedankengut aufgefallen?
4. a) Wann erlangte die Staatsregierung Kenntnis von der überdurchschnittlich häufigen Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises („Gelber Schein“) im Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten?
b) Wie viele Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gingen in die Gesamtzahl von 1.700 Reichsbürgern im Freistaat ein, wie viele in die Zahl der 1.600 Verdachtsfälle?
c) Wie viele Angehörige des öffentlichen Dienstes aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gehören zum Kreis der Antragsteller?

5. a) Welchen Dienstweg nahm die Warnung des Beamten, wurde der Vorfall in bayerischen Sicherheitskreisen besprochen und mit welchem Ergebnis?
b) Wie wurde mit weiteren Meldungen zu dem Seminar an bayerischen Behörden verfahren?
6. Wie viele Auftritte von Referenten der „Reichsbürger“-Ideologie sind der Staatsregierung seit Aufnahme der „Reichsbürger“-Szene als Sammelbeobachtungsobjekt bekannt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, Referent, Einordnung als Rechtsextremist ja/nein, geschätzte Teilnehmerzahl)?
7. Wie viele Staatsangehörigkeitsausweise im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden in den Jahren 2015, 2016 in Bayern beantragt (bitte aufschlüsseln nach Landkreis/kreisfreie Stadt, Verhältnis zur Einwohnerzahl, Steigerungsrate im Verhältnis zum Vorjahr)?
8. Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung im Landkreis Oberallgäu, um den auf dem Seminar verbreiteten Fehlinformationen aus „Reichsbürger“-Kreisen entgegenzuwirken?

Antwort

des **Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr**
vom 08.05.2017

Die Schriftliche Anfrage wird im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat wie folgt beantwortet:

1. a) Wurde dieses Tagesseminar von Herrn H. durchgeführt, der eine Seite „AG Mensch in Württemberg“ betreibt, wie von der Allgäuer Zeitung in der Ausgabe Kempten vom 4. März 2017 berichtet wird?

Das Tagesseminar am 21.02.2016 wurde von Herrn H. mit ihm als einzigem Referenten veranstaltet. Bei der Veranstaltung waren insgesamt ca. 25–30 Teilnehmer anwesend.

b) Wenn nein, wer war Referent/waren die Referenten des Seminars?

Auf die Antwort zu Frage 1 a wird verwiesen.

c) Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über Herrn H. vor?

Herr H. (wohnhaft in Baden-Württemberg) ist laut Impressum der Betreiber der Internetseite „AG Mensch in Württemberg“ (www.agmiw.org) und veröffentlicht dort Material zu zahlreichen reichsbürgertypischen Themen.

Er trat ferner als „Rechtsbeistand“ eines anderen Reichsbürgers gegenüber Beamten der Kriminalpolizeiinspektion Ingolstadt auf.

Herr H. ist deshalb der Reichsbürgerszene zuzurechnen.

Darüber hinaus trat Herr H. in der Vergangenheit bereits polizeilich in Erscheinung.

2. Fanden nach Erkenntnissen der Staatsregierung in den Jahren 2015 bis 2017 ähnliche Seminare, Tagesseminare oder Vortragsveranstaltungen von und mit Herrn H. in Bayern statt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, bekannte Teilnehmerzahl, Veranstalter)?

Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord hielt Herr H. am 28.08.2016 in Ingolstadt eine Veranstaltung zum Thema „Gründung Freie Reichsgemeinde Zuchering“ mit 10–15 Teilnehmern ab.

Darüber hinaus wurden auf der Internetseite www.agmiw.org Tagesseminare mit eindeutigem Themenbezug zur Reichsbürgerszene für den 07.02.2016 in 87448 Betzigau bzw. 87435 Kempten und für den 24.07.2016 in Ingolstadt angekündigt. Über die tatsächliche Durchführung der Tagesseminare liegen keine Erkenntnisse vor.

3. Ist der Staatsregierung bekannt, wer neben Herrn H./ den/m Referenten zu 1 b in die Organisation, insbesondere die Anmietung und Bewerbung der Veranstaltung involviert war und sind diese Personen der Reichsbürgerszene oder einer sonstigen verfassungsfeindlichen Szene zuzuordnen oder in der Vergangenheit durch rassistisches, menschenfeindliches oder antisemitisches Gedankengut aufgefallen?

Nach den bisherigen kriminalpolizeilichen Ermittlungen wurde das unter Frage 1a genannte Tagesseminar von mehreren der Polizei namentlich nicht bekannten Gemeinderatsmitgliedern organisiert. Dementsprechend können keine validen Aussagen zu der Zugehörigkeit zur sog. „Reichsbürger-/Selbstverwalter-Szene“ oder einer sonstigen verfassungsfeindlichen Szene getroffen werden.

4. a) Wann erlangte die Staatsregierung Kenntnis von der überdurchschnittlich häufigen Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises („Gelber Schein“) im Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten?

Das örtlich zuständige Polizeipräsidium Schwaben Süd/West erlangte durch einen Zeitungsartikel vom 22.02.2017 in der Allgäuer Zeitung Kenntnis über die zahlreiche Beantragung des Staatsangehörigkeitsausweises im Landkreis Oberallgäu und in der Stadt Kempten. Das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr wurde mit Schreiben vom 24.02.2017 informiert.

b) Wie viele Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gingen in die Gesamtzahl von 1.700 Reichsbürgern im Freistaat ein, wie viele in die Zahl der 1.600 Verdachtsfälle?

Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West gehören zu den ca. 1.700 identifizierten „Reichsbürgern“ (Stand: Februar 2017) 14 Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu. Den Prüffällen sind weitere 35 Antragsteller aus dem Landkreis Oberallgäu und 22 Antragsteller aus der Stadt Kempten zuzurechnen.

c) Wie viele Angehörige des öffentlichen Dienstes aus dem Landkreis Oberallgäu und der Stadt Kempten gehören zum Kreis der Antragsteller?

Seit Beginn des Jahres 2015 bis März 2017 haben insgesamt vier Angehörige des öffentlichen Dienstes (Beamte bzw. Beschäftigte der im Landkreis Oberallgäu gelegenen kreisangehörigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften, der Stadt Kempten sowie des Landkreises Oberallgäu) einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragt. Darunter ist auch die derzeit amtierende ehrenamtliche erste Bürgermeisterin der Gemeinde Bolsterlang. Von den übrigen drei Angehörigen des öffentlichen Dienstes ist eine Beschäftigte mit Ablauf des 31.12.2016 wegen Renteneintritts bereits aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es sich bei Gemeinderats- bzw. Stadtratsmitgliedern und Kreisräten nicht um Angehörige des öffentlichen Dienstes handelt.

5. a) Welchen Dienstweg nahm die Warnung des Beamten, wurde der Vorfall in bayerischen Sicherheitskreisen besprochen und mit welchem Ergebnis?

Der Beamte nahm als Mitglied des Gemeinderates der Gemeinde Bolsterlang an dem anfragegegenständlichen Tagesseminar teil. Nach dieser Veranstaltung informierte er seinen unmittelbaren Vorgesetzten über seine Teilnahme und distanzierte sich klar von den dort verbreiteten Inhalten. Die Mitteilung an den Vorgesetzten erfolgte im Hinblick auf seine Dienstpflichten als Beamter und hatte damit ausschließlich dienstrechtlichen Bezug.

b) Wie wurde mit weiteren Meldungen zu dem Seminar an bayerischen Behörden verfahren?

Die bayerischen Sicherheitsbehörden haben keine Erkenntnisse über Meldungen zu dem fraglichen Seminar.

6. Wie viele Auftritte von Referenten der „Reichsbürger“-Ideologie sind der Staatsregierung seit Aufnahme der „Reichsbürger“-Szene als Sammelbeobachtungsobjekt bekannt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Datum, Referent, Einordnung als Rechtsextremist ja/nein, geschätzte Teilnehmerzahl)?

Die Staatsregierung hat neben dem o. g. Tagesseminar gesicherte Erkenntnisse über folgende Veranstaltungen:

Ort	Datum	Referent	Rechtsextremist	Teilnehmerzahl
Regensburg	11.03.2017	Herr F.	nein	0*
Freising	14.02.2017	Frau S.	nein	ca. 25–30
Nandlstadt	04.02.2017	Herr R.	ja	unbekannt
Freising	31.01.2017	Frau S.	nein	ca. 25–30
Erharting	22.11.2016	Herr R.	nein	ca. 60
Ramerberg	04.11.2016	Herr R.	nein	ca. 50

* Durch das Polizeipräsidium Oberpfalz wurde am 11.03.2017 ein Einsatz am Veranstaltungsort durchgeführt. Seminarteilnehmer konnten nicht festgestellt werden.

7. Wie viele Staatsangehörigkeitsausweise im Verhältnis zur Einwohnerzahl wurden in den Jahren 2015, 2016 in Bayern beantragt (bitte aufschlüsseln nach Landkreis/kreisfreie Stadt, Verhältnis zur Einwohnerzahl, Steigerungsrate im Verhältnis zum Vorjahr)?

Die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises wird statistisch durch die dafür zustän-

digen Behörden bayernweit nicht erfasst. Im Hinblick auf den damit verbundenen Verwaltungsaufwand wurde davon abgesehen, alle zuständigen Staatsangehörigkeitsbehörden bayernweit zu bitten, auf Basis einer Durchsicht aller Vorgänge aus den genannten Jahren, die Zahl der Anträge auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises zu erheben.

Für das Landratsamt Oberallgäu und die Stadt Kempten wurden aus Anlass der Anfrage folgende Zahlen erhoben:

Stadt Kempten (Allgäu)	Beantragte Staatsangehörigkeitsausweise
2015	13
2016	22
Landratsamt Oberallgäu	Beantragte Staatsangehörigkeitsausweise
2015	41
2016	104

Die in der Anlage aufgeschlüsselten Zahlen beruhen daher überwiegend auf einer Abfrage der Präsidien der Bayerischen Polizei über dort vorliegende Antragstellungen, welche der Polizei von den Kommunen im Rahmen einer Verdachtsmeldung hinsichtlich „Reichsbürger-Bezug“ mitgeteilt wurden. Vereinzelt wurden im Zuge dieser Abfrage von den Polizeipräsidien Kommunen gebeten, die Zahl der Antragstellungen mitzuteilen. Ergänzend ist anzumerken, dass zum einen noch nicht alle eingegangenen Reichsbürgerverdachtsmeldungen durch die Polizeipräsidien abgearbeitet werden konnten (sog. Prüffälle) und zum anderen nach wie vor Verdachtsmeldungen der Kommunen, auch aus dem Jahr 2016, an die Zentralstellen bei den Polizeipräsidien verschickt werden.

Laut Auskunft des Bayerischen Landesamtes für Statistik liegen die Einwohnerzahlen für das Jahr 2016 bayernweit derzeit noch nicht vor. Aus diesem Grund wurden zur Beantwortung der Anfrage jeweils die Einwohnerzahlen für das Jahr 2015 zugrunde gelegt, sofern nicht für einzelne Kommunen die Zahlen den örtlichen Polizeidienststellen bereits vorliegen.

Bei einigen Städten bzw. Landkreisen erfolgte bei Meldung über die Antragstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises an die Polizei keine Übermittlung des Antragdatums. Für eine Zuordnung zum Jahr 2015 oder zum Jahr 2016 wäre eine händische Auswertung der bei den jeweiligen Kommunen vorliegenden Akten erforderlich, was in der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit mit verhältnismäßigem Aufwand nicht realisiert werden konnte.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit erfolgt die gewünschte Aufschlüsselung unter dem jeweiligen Regierungsbezirk (vgl. Anlage).

8. Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung im Landkreis Oberallgäu, um den auf dem Seminar verbreiteten Fehlinformationen aus „Reichsbürger“-Kreisen entgegenzuwirken?

Bei der Abarbeitung der Prüffälle zu sog. Reichsbürger-Meldungen spricht die Polizei fallangemessen betroffene Personen an und weist auf Informationsmaterial oder Hilfsangebote hin. Im Übrigen werden allgemein im Rahmen der Präventionsarbeit Kontakte zur Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) vermittelt.

Die BIGE steht bereits in Kontakt mit dem Landratsamt Oberallgäu und hat angeboten, Informationsveranstaltungen für Behörden, Mitarbeiter und kommunale Entscheidungsträger zum Umgang mit Reichsbürgern durchzuführen.

Die BIGE bietet ähnliche Veranstaltungen bereits seit 2014 für Gerichtsvollzieher an und hat ihr Schulungsangebot mit der Einstufung der Reichsbürgerbewegung in Bayern als Sammelbeobachtungsobjekt auf die Polizei und die allgemeine Verwaltung ausgeweitet.

Darüber hinaus informiert die Internetseite www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de über die sog. Reichsbürger-/Selbstverwalterszene.

Anlage:

Tabellarische Auflistung zu Frage 7 der Schriftlichen Anfrage MdL Ritter vom 08.03.2017 „Reichsbürger in Oberallgäu und Ausstellung Staatsangehörigkeitsausweis in Bayern“

Mittelfranken

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Ansbach	41.159	9	41.159	6	-3 (-33,33%)
Stadt Erlangen	108.336	35	108.336	16	-19 (-54,29%)
Stadt Fürth	124.171	7	124.171	9	+2 (+28,57%)
Stadt Nürnberg	509.975	77	509.975	51	-26 (-33,77%)
Stadt Schwabach	40.428	5	40.428	0	-5 (-100%)
Landkreis Ansbach	181.314	42	181.314	69	+27 (+64,29%)
Landkreis Erlangen-Höchstadt	134.136	20	134.136	29	+9 (+45%)
Landkreis Fürth	114.291	0	114.291	8	+8 (n/a)
Landkreis Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim	98.751	10	98.751	22	+12 (+120%)
Landkreis Nürnberger Land	167.643	15	167.643	46	+31 (+206,67%)
Landkreis Roth	125.140	14	125.140	10	-4 (-28,57%)
Landkreis Weißenburg - Gunzenhausen	93.342	18	93.342	16	-2 (-11,11%)

Niederbayern

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Landshut	69.220	98	70.440	89	-9 (-9,18%)
Stadt Passau	50.566	13	50.566	22	+9 (+69,23%)
Stadt Straubing	46.812	15	47.315	10	-5 (-33,33%)
Landkreis Deggendorf	116.596	15	116.596	41	+26 (+173,33%)
Landkreis Dingolfing-Landau	94.104	39	94.104	40	+1 (+2,56%)
Landkreis Freyung-Grafenau	78.122	4	78.122	30	+26 (+650%)
Landkreis Kelheim	118.965	16	118.965	13	-3 (-18,75%)
Landkreis Landshut	154.577	69	154.577	153	+84 (+121,74%)
Landkreis Passau	188.396	45	188.396	69	+24 (+53,33%)
Landkreis Regen	76.812	11	76.812	32	+21 (+190,91%)
Landkreis Rottal-Inn	119.218	14	119.218	41	+27 (+192,86%)
Landkreis Straubing-Bogen	98.806	35	98.806	62	+27 (+77,14%)

Oberbayern:

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016¹
Stadt Ingolstadt	132.438	1	132.438	27	n/a
Stadt München	1.450.381	348	1.450.381	321	-27 (-7,76%)
Stadt Rosenheim	62.324	16	62.324	17	+1 (+6,25%)
Landkreis Altötting	108.485	23	108.485	24	+1 (+4,35%)
Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen	124.930	23	124.930	27	+4 (+17,39%)
Landkreis Berchtesgadener Land	104.010	63	104.010	64	+1 (+1,59%)
Landkreis Dachau	149.370	0	149.370	24	n/a
Landkreis Ebersberg	137.421	0	137.421	25	n/a
Landkreis Eichstätt	128.805	6	128.805	46	n/a
Landkreis Erding	133.747	0	133.747	52	n/a
Landkreis Freising	173.224	0	173.224	22	n/a

¹ Bei einem Teil der Städte bzw. Landkreise ist eine Zuordnung der Antragsstellungen zum Jahr 2015 oder zum Jahr 2016 (teilweise) nicht möglich, da die Meldungen der Antragstellungen an die Polizei ohne Angabe des Antragsdatum erfolgte. Für eine Zuordnung wäre eine händische Auswertung der Akten bei den jeweiligen Kommunen erforderlich, was in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht durchführbar war. Die nicht zuordenbaren Antragstellungen wurden deshalb dem Jahr 2016 zurechnet. Eine sinnvolle Berechnung der Steigerung bzw. des Rückgangs ist damit für diese Städte/Landkreise nicht möglich und es erfolgte eine Ausweisung in der letzten Spalte mit „n/a“.

Landkreis Fürstenfeldbruck	213.481	0	213.481	24	n/a
Landkreis Garmisch-Partenkirchen	87.385	37	87.385	52	+15 (+40,54%)
Landkreis Landsberg am Lech	117.657	0	117.657	3	n/a
Landkreis Miesbach	98.286	61	98.286	133	+72 (+118,03%)
Landkreis Mühldorf a. Inn	112.034	16	112.034	28	+12 (+75%)
Landkreis München	340.003	98	340.003	108	+10 (+10,20%)
Landkreis Neuburg-Schrobenhausen	94.654	5	94.654	35	n/a
Landkreis Pfaffenhofen/Ilm	124.128	4	124.128	2	n/a
Landkreis Rosenheim	256.074	84	256.074	144	+60 (+71,43%)
Landkreis Starnberg	133.621	0	133.621	0	+/-0
Landkreis Traunstein	174.162	51	174.162	79	+28 (+54,90%)
Landkreis Weilheim-Schongau	132.906	39	132.906	27	+12 (+30,77%)

Oberfranken

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Bamberg	73.331	3	73.331	11	+8 (+266,67%)
Stadt Bayreuth	72.148	0	72.148	0	+/-0
Stadt Coburg	41.257	0	41.257	2	+ 2 (n/a)
Stadt Hof	44.660	0	44.660	0	+/-0
Landkreis Bamberg	145.570	9	145.570	3	-6 (-66,67%)
Landkreis Bayreuth	104.306	0	104.306	5	+5 (n/a)
Landkreis Coburg	86.599	0	86.599	1	+1 (n/a)
Landkreis Forchheim	114.834	3	114.834	14	+11 (+366,67)
Landkreis Hof	96.429	0	96.429	0	+/-0
Landkreis Kronach	67.916	1	67.916	3	+2 (+200%)
Landkreis Kulmbach	72.468	1	72.468	5	+4 (+400%)
Landkreis Lichtenfels	66.655	1	66.655	10	+9 (+900%)
Landkreis Wunsiedel	73.185	1	73.185	2	+1 (+100%)

Oberpfalz

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Amberg	42.781	14	43.283	10	-4 (-28,57%)
Stadt Regensburg	143.998	19	147.714	11	-8 (-42,11%)
Stadt Weiden	42.914	8	43.334	8	+/-0
Landkreis Amberg-Sulzbach	103.568	11	103.568	14	+3 (+27,27%)
Landkreis Cham	126.359	18	126.359	26	+8 (+44,44%)
Landkreis Neumarkt	130.385	48	130.385	80	+32 (+66,67%)
Landkreis Neustadt a.d.W.	95.078	21	95.078	22	+1 (+4,76%)
Landkreis Regensburg	189.390	30	189.390	39	+9 (+30%)
Landkreis Tirschenreuth	73.314	15	73.314	10	-5 (-33,33%)
Landkreis Schwandorf	144.864	8	144.864	24	+16 (+200%)

Schwaben

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Augsburg	286.374	8	286.374	29	+21 (+262,5%)
Stadt Kaufbeuren	42.731	14	42.731	4	-10 (-71,43%)
Stadt Kempten	66.947	13	66.947	22	+9 (+69,23%)
Stadt Memmingen	42.841	9	42.841	1	-8 (-88,89%)
Landkreis Aichach-Friedberg	130.916	2	130.916	19	+ 17 (+850%)
Landkreis Augsburg Land	245.600	3	245.600	28	+25 (+833,33%)
Landkreis Dillingen a.d.D.	94.575	1	94.575	20	+19 (+1.900%)
Landkreis Donau-Ries	131.345	2	131.345	12	+10 (+500%)
Landkreis Günzburg	123.153	35	123.153	40	+5 (+14,29%)
Landkreis Lindau	80.429	24	80.429	22	-2 (-8,33%)
Landkreis Neu-Ulm	170.309	30	170.309	54	+24 (+ 80%)
Landkreis Oberallgäu	152.672	41	152.672	104	+63 (+153,66%)
Landkreis Ostallgäu	137.709	32	137.709	24	-8 (-25%)
Landkreis Unterallgäu	140.419	56	140.419	53	-3 (-5,36%)

Unterfranken²

Landkreis/kreisfreie Stadt	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2015	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2015	Anzahl der Einwohner Stand 31.12.2016	Anzahl der beantragten Staatsangehörigkeitsausweise 2016	Steigerung / Rückgang 2015 - 2016
Stadt Aschaffenburg	68.986	0	68.986	3	n/a
Stadt Schweinfurt	51.969	0	51.969	28	n/a
Stadt Würzburg	124.873	0	124.873	17	n/a
Landkreis Aschaffenburg	173.695	0	173.695	36	n/a
Landkreis Bad Kissingen	103.106	0	103.106	15	n/a
Landkreis Haßberge	84.581	0	84.581	26	n/a
Landkreis Kitzingen	89.306	0	89.306	9	n/a
Landkreis Main-Spessart	126.123	0	126.123	43	n/a
Landkreis Miltenberg	128.446	0	128.446	35	n/a
Landkreis Rhön-Grabfeld	79.723	0	79.723	1	n/a
Landkreis Schweinfurt	114.813	0	114.813	109	n/a
Landkreis Würzburg	160.427	0	160.427	55	n/a

² Eine Zuordnung der Antragsstellungen zum Jahr 2015 oder zum Jahr 2016 ist nicht möglich, da die Meldungen der Antragstellungen an die Polizei ohne Angabe des Antragsdatum erfolgte. Für eine Zuordnung wäre eine händische Auswertung der Akten bei den jeweiligen Kommunen erforderlich, was in der zur Verfügung stehenden Zeit nicht durchführbar war. Die Antragstellungen wurden deshalb dem Jahr 2016 zurechnet. Eine sinnvolle Berechnung der Steigerung bzw. des Rückgangs ist damit nicht möglich und es erfolgte eine Ausweisung in der letzten Spalte mit „n/a“.